

## Liebe Genossinnen und Genossen,



im Dezember braucht es einen Rückblick, wurde mir gesagt. Hm, nun ja. 2020 fing eigentlich ganz schön an. Am 6. Januar durfte ich meinen 50. Geburtstag feiern. Mit Freunden und Familie. Sogar meine Schwester aus den USA war überraschend gekommen (was mich zu Tränen gerührt hat). Kurz darauf hatten wir unseren Neujahrsempfang im Hofgut Himmelreich. Wie jedes Jahr. Um die Termine etwas übersichtlicher für euch zu machen und auch für mehr Planungssicherheit, hatte der Kreisvorstand zum Kreisparteitag im März ein Programmheft erstellt, in dem alle Veranstaltungen bis zum nächsten Parteitag im Oktober aufgeführt waren.

Nur, dass der Kreisparteitag im März dann ausfiel. Und alle übrigen geplanten Veranstaltungen ebenso. Wenn mir im Januar jemand gesagt hätte, dass ich gegen Ende des Jahres eine Schublade mit Mützen, Schals, Handschuhen freiräumen würde, um Platz für Mund-Nasen-Masken zu schaffen, hätte ich ihm einen Vogel gezeigt.

weiter auf Seite 2

### AUS DEM INHALT

Takis Mehmet Ali kandidiert	3
Demokratie beginnt im Kinderzimmer	4
Vergesst die Künstler nicht	6
Kreis-SPD hilft Tafelladen in Bad Krozingen	7
Landwirtschaft mit Zukunft	8
Warum wir den harten Lockdown brauchen	12
Sharepics	13
Friedrich Engels und die SPD	14
Debattencamp 2020	19
Dieser Haushalt geht nicht in die richtige Richtung	20
Medienecke: Fake-Online-Shops	22
Termine	24
Impressum	24

Beim ersten Lockdown sind tatsächlich alle in eine Art von Starre gefallen, hatte man den Eindruck. Alles wurde erstmal verschoben, man saß im Homeoffice, die Kinder waren daheim und man hoffte darauf, dass bald wieder Normalität einkehren würde. Aber dazu kam es nicht. Wir haben dann angefangen, uns irgendwie zu arrangieren. Neue Formate für Veranstaltungen zu finden, viel mehr digital, Präsenz nur noch dann, wenn es unbedingt erforderlich oder das Risiko vertretbar war. Das hilft uns jetzt mit dem zweiten Lockdown, zumindest was die Parteiarbeit angeht, besser zurechtzukommen. Und wir werden uns wohl darauf einstellen müssen, dass sich vor der Landtagswahl daran auch nichts ändern wird. Einen Wahlkampf, wie wir ihn kennen, wird es nicht geben. Dafür sehr viele Online-Formate. Unser Landesparteitag hat gezeigt, dass das auch in größerem Rahmen gut funktionieren kann. Und das Debattencamp hatte online mehr Teilnehmer, als vor zwei Jahren in Berlin. Wir merken, dass es viel einfacher ist, sich von daheim einzubringen, als erst ewig durch die Weltgeschichte zu fahren. Ich denke, dass wir auch in hoffentlich bald beginnender Post-Corona-Zeit einiges davon beibehalten werden. Auch wenn den direkten Austausch nichts ersetzen kann und wir jetzt von den persönlichen Begegnungen und Beziehungen zehren, die wir vor der Pandemie aufgebaut hatten. Wie geht es jetzt weiter? Die Zahlen sind erschreckend. 30.000 neu nachgewiesene

Infektionen. 600 Tote. An einem Tag. Die Rufe nach "fahrt endlich alles runter" werden lauter.

Das wäre ein Weg. Wobei runterfahren dann nicht reicht, sonst zieht sich das ewig hin. Dann müsste man wirklich sagen, jeder bleibt 2-3 Wochen komplett ohne Kontakte. Und das wird sehr schwierig.



Ein anderer Weg, für den ich schon seit Frühjahr werbe, bestünde darin, endlich zu definieren, wo ein Ansteckungsrisiko besteht und wo es durch ein sinnvolles Hygienekonzept so verschwindend gering ist, dass es zu vertreten ist. Und zwar vom Virus aus betrachtet, nicht davon, was man politisch gerne auflassen will oder was jemand für verzichtbar hält. Wenn man z.B. sagt: 1,5 Meter Abstand, mit Maske, in Räumen, die regelmäßig gelüftet werden ist ok, dann können Schulen oder der ÖPNV in der jetzigen Form nicht mehr weiterlaufen. Dafür könnte ein Theater unter diesen Bedingungen vielleicht funktionieren. Wenn man feststellt, dass sich das Virus draußen bei einem Abstand von 2 Metern auch ohne Maske nicht verbreitet, dann können sich Menschen so treffen oder bei

Sportveranstaltungen zuschauen. Aber nicht eng gedrängt auf Demos.

Vor allem braucht es endlich klare Regeln, die jeder verstehen und nachvollziehen könnte, wenn er denn wollte und die dann (für die, die nicht wollen) auch kontrolliert und bei Nichtbefolgung geahndet werden. Heimliche Kellerpartys sind in der jetzigen Zeit echt das Letzte!

Ich gestehe, dass mich die derzeitigen Entscheidungen unserer Regierungen relativ ratlos und frustriert zurücklassen.

Wir dürfen / können / müssen gespannt sein, was 2021 uns bringt. Wird die Impfung die erhoffte Rückkehr zur Normalität ermöglichen? Wird unsere Gesellschaft weiterhin zusammenhalten, bzw. in Teilen auch wieder zusammenwachsen? Irgendwie werden die Fliehkräfte größer. Wie wird ein normaler Umgang zwischen denjenigen, die der Wissenschaft vertrauen und denjenigen, die meinen, durch das Technium in einer PCR-Untersuchung mit außerirdischer Intelligenz infiziert worden zu sein, jemals wieder funktionieren?

Nun ja, eines kann ich euch zumindest schon sagen: Einen Neujahrsempfang wird es leider nicht geben. Alles andere werden wir beobachten müssen, gegensteuern, wo es uns möglich ist und dabei weiterhin für eine solidarische Gesellschaft kämpfen.

Ich wünsche euch allen eine schöne Restadventszeit, ein friedliches und fröhliches Weihnachtsfest und dass ihr

gesund und (trotz meiner Ausführungen) zuversichtlich ins neue Jahr starten könnt. Passt auf euch und andere auf. Und wenn euch die Situation gerade über die Feiertage überfordert und alles nur noch düster wirkt, dann meldet euch. Wir sind nie weiter weg als einen Telefonanruf und notfalls immer (digital) füreinander da.

Bül Stunede.



## Takis Mehmet Ali kandidiert bei der Bundestagswahl

Eine große Mehrheit der anwesenden SPD-Delegierten wählte Takis Mehmet Ali zum Bundestagskandidaten des Wahlkreises Lörrach-Müllheim für die Wahl im kommenden September.

Takis Mehmet Ali steht für eine junge und moderne SPD, die ihre traditionellen Werte vertritt, aber sich an die aktuellen Herausforderungen anpasst. Seine Kernthemen sind eine solidarische Wirtschaftspolitik, ein gerechteres Gesundheitssystem und ein moderner Sozialstaat. Kurzum, er möchte für eine Gesellschaft eintreten, die wieder solidarische und gemeinschaftliche Lösung-

en findet. In seiner Rede auf der Nominierungskonferenz betonte Takis Mehmet Ali die Erfolge, die die SPD in den letzten Jahren als Teil der Bundesregierung bereits erzielen konnte und bezeichnete die SPD als "Motor der Regierung".



Von den schlechten Umfragewerten möchte sich Ali nicht aufhalten lassen. Er bezeichnete sie als "ein schlechtes Wetter". Das Ziel müsse sein, "die Sonne wieder herbei zu führen" und die Menschen mit einem starken Wahlkampf davon zu überzeugen, dass eine starke SPD die Probleme des Landes am innovativsten lösen kann.

Takis Mehmet Ali ist 29 Jahre alt, wohnt in Badenweiler und kommt gebürtig aus dem Rheinland. Er leitet die Verwaltung einer Einrichtung der Eingliederungshilfe, der Christophorus-Gemeinschaft in Niederweiler. Außerdem lehrt er Recht und Ökonomie an der DHBW, promoviert zum Bundes-

teilhabegesetz und vertritt den DPWV BW in Arbeitsgruppen. Er ist seit 2012 SPD-Mitglied, gehört als Beisitzer dem Kreisvorstand der SPD Breisgau-Hochschwarzwald an und ist stellvertretender Juso-Vorsitzender des Kreisverbands Breisgau-Hochschwarzwald. Desweiteren ist er in seinem Ortsverband Markgräflerland als Schriftführer tätig.

Wir wünschen Takis Mehmet Ali viel Ausdauer für seinen Wahlkampf und ein gutes Gelingen für die Bundestagswahl im nächsten Herbst.

*Patrick Röttele*

## Demokratie beginnt im Kinderzimmer

Weihnachten ist das Fest der Familie. Die Anforderungen an das Familienleben heutzutage sind vielfältig. Aus politischer Sicht halte ich die Frage, was Familien benötigen, für sehr wichtig. Um dies beantworten zu können, sollten wir zunächst fragen: Was brauchen Kinder?

### **Entspannte Eltern - glückliche Kinder**

Kinder brauchen entspannte Eltern, die Zeit für sie und ihre Bedürfnisse haben und eine Betreuung, die ihnen die Möglichkeit gibt, sich zu entfalten.

Wir wissen heute: Ein demokratischer Erziehungsstil unterstützt Kinder dabei, ihre Fähigkeiten zu entwickeln und sich in

unserer Gesellschaft bestmöglich zurecht zu finden. Dennoch ist dieser Erziehungsstil der anstrengendste und aufwendigste: Demokratisch zu erziehen bedeutet, eine Beziehung zu den Kindern aufzubauen, emotional für sie verfügbar zu sein und sich an ihren Bedürfnissen zu orientieren. Dann lernen Kinder, dass sie in unserer Welt etwas bewirken können.

### **Für die demokratische Erziehung benötigt es Zeit und Energie**

(Durch die NS-Zeit haben wir in Deutschland jedoch eine andere pädagogische Geschichte, als viele andere europäische Länder. Deshalb ist es wichtig, dass wir hier genau hinschauen und ansetzen.)

Um diesen Erziehungsstil umzusetzen, benötigen Eltern Zeit. Es geht darum, Ihnen Bedingungen zu geben, die es ermöglichen, sich auf die Kinder einzustellen. Wenn Eltern permanent mit existenziellen Themen wie Wohnen, Einkommen und Arbeitsplatzsicherung beschäftigt sind und die eigenen Bedürfnisse nach Sicherheit nicht gedeckt sind, ist es nur schwer möglich, angemessen auf die Bedürfnisse der Kinder reagieren zu können.

### **Kinderbetreuung bedeutet Teilhabe am gesellschaftlichen Leben**

Außerdem wissen wir aus zahlreichen Studien, wie sinnvoll eine kompetente und verlässliche Kinderbetreuung ist. Sie befähigt Kinder, gemeinschaftlich und früh am sozialen, gesellschaftlichen Leben teil-

zuhaben. Durch kompetente Fachkräfte und deren Angebote können Kinder vielfältige Erfahrungen machen und ihre Fähigkeiten weiterentwickeln. Es ist der erste Schritt an der Teilhabe unseres gesellschaftlichen Miteinanders.



 **SPD** Jennifer Sühr  
DAS WICHTIGE JETZT  
Kandidatin Landtagswahl WK 46

Besonders wichtig ist also bezahlbarer Wohnraum, flexible Arbeitsbedingungen, Unterstützung bei der Kinderbetreuung und ein Einkommen, von dem man leben kann. Dann können Eltern ihre Energie und Freude an ihre Kinder weitergeben und sie in ihrer Entwicklung wertschätzend begleiten. Denn gerade die ersten Lebensjahre sind prägend und die weitere Entwicklung der Kinder hängt stark davon ab, was sie in den ersten Lebensjahren erleben. Und deshalb beginnt Demokratie bereits im Kinderzimmer.

*Jennifer Sühr*

## Vergesst die Künstler nicht

Anlässlich der letzten Kreisvorstandssitzung in diesem Pandemiejahr sollte ein Fokus auf eine der Gruppen gelegt werden, die in den Diskussionen rund um die Corona-Pandemie immer wieder den Kürzeren ziehen. Künstler\*innen und Kulturschaffende müssen durch Einnahmeausfälle um ihre Existenz bangen. Aber auch die Vereine kämpfen um ihre Mitglieder\*innen und die mühsam aufgebauten Fortschritte in der Jugendarbeit.



Um nicht nur über, sondern mit Betroffenen zu sprechen, wurden lokale Künstler\*innen und Vorsitzende verschiedener Vereine aus der Region zur digital stattfindenden Veranstaltung eingeladen. Sabine Wölfle, SPD-Landtagsabgeordnete und Präsidentin des Oberbadischen Blasmusikverbandes, nahm an der Veranstaltung sozusagen in Doppelrolle teil. Sie konnte aufschlussreiche Einblicke in die politischen Entscheidungen bieten,

wusste aber auch von Nöten und Sorgen in den Musikvereinen zu berichten.

Allgemein wurde bemängelt, dass klare, nachvollziehbare Regeln fehlen, die nicht Einzelinteressen, sondern die tatsächliche Infektionsgefahr als Grundlage haben. Warum ist es zum Beispiel in einer Kirche erlaubt, mit mehreren zu musizieren, außerhalb aber nicht?



Die Nutzung der digitalen Möglichkeiten wurde eher skeptisch gesehen. Unterricht wurde im ersten Lockdown rasch digital ermöglicht und das klappt auch halbwegs. Aber Konzerte oder Theaterstücke online aufzuführen, mildert in der Regel nicht den Einkommensausfall, da die Menschen dies im Internet zuhauf kostenlos bekommen und in den seltensten Fällen bereit wären, dafür zu zahlen. Das Erleben ist da halt auch einfach ein anderes.

Einigkeit bestand darin, dass es nach dem "Lockdown Light" dringend an Konzepten bedarf, um Veranstaltungen möglich zu machen, ohne die Pandemie dabei zu unterschätzen.

Denn auch, wenn es sehr schnell geht, die Kunst und Kultur in Krisenzeiten als nicht systemrelevant einzustufen, möchte sich wohl keiner von uns vorstellen müssen, während des Lockdowns ohne Musik, Bücher oder Filme daheim hocken zu müssen.

*Patrick Röttele*

## Kreis-SPD hilft Tafelladen in Bad Krozingen

Dieses Weihnachtsfest wird anders. Die Pandemie hat uns fest im Griff und ein konsequenter Lockdown war dringend notwendig. Vieles, was uns sonst in der Weihnachtszeit selbstverständlich ist, wird nicht stattfinden können. Dies ist aber auch eine Chance, sich darauf zu besinnen, worum es bei Weihnachten eigentlich gehen sollte. Um Nächstenliebe, Geben, anderen eine Freude machen. Und gerade in diesem Jahr gibt es so viele, die ein wenig Zuwendung nötig haben.



Nachdem die BZ am 5. Dezember in einem Artikel über die Nöte der Staufener Tafel berichtete, war für unsere Kreisvorsitzende und Landtagskandidatin Birte Könnecke daher sofort klar, dass hier geholfen werden muss. Es ist schlimm genug, dass überhaupt Menschen auf die Tafelläden angewiesen sind, aber derzeit steigt die Zahl der Bedürftigen beständig, bei gleichzeitig sinkendem Angebot.



Birte stieß daraufhin eine Lebensmittelsammlung innerhalb der Kreis-SPD an, vor allem für haltbare Lebensmittel, die in den Geschäften nicht ablaufen und die trotzdem jeder ständig braucht. Rasch kamen größere Mengen zusammen. Auch andere gemeinnützige Organisationen, vor allem die Christophorus-Gemeinschaft im Markgräflerland, haben sich an der Aktion beteiligt und viele Spenden zusammengetragen.

Schlussendlich kam eine so große Menge an Lebensmitteln zusammen, dass der Kofferraum ihres VW Caddy alleine nicht ausreichte, sondern noch die Rückbank

umgelegt werden musste. Von Nudeln und Mehl über Rotkohl bis Schokolade und Marmelade war in den Spenden alles reichlich dabei.



Die drei ehrenamtlichen Helferinnen im Tafelladen, denen Birte zusammen mit unserem Bundestagskandidaten Takis Mehmet Ali die Lebensmittel vor Ort überreichten, zeigten sich ob der Menge der Spende sehr erfreut.

Die beiden hoffen, dass die Hilfs- und Spendenbereitschaft zum einen zeigt, wie sehr wir das Engagement der Freiwilligen wertschätzen und dass wir zum anderen damit ein paar bedürftigen Menschen eine Freude machen können. Eine Wiederholung der Aktion stellt Birte bereits in Aussicht.

*Patrick Röttele*



## Landwirtschaft mit Zukunft

### Meet-Up auf dem SPD-Debattencamp

Als ich den Themenvorschlag „Landwirtschaft mit Zukunft“ für das diesjährige Debattencamp eingereicht habe, hätte ich nicht im Traum damit gerechnet, dass er angenommen wird. Mir ist es ein Herzensanliegen, aber ich habe immer eher den Eindruck, damit in unserer Partei relativ allein zu stehen. Umso erfreuter (und auch ein wenig erschrocken) war ich, als ich die Zusage für ein eigenes Meet-Up beim Debattencamp zu diesem Thema erhielt.

Da das gesamte Debattencamp rein digital stattfand, konnte ich bequem daheim bleiben. Die Vorbereitung vom Willy-Brandt-Haus war hochprofessionell. Es gab ein Testmeeting, um technische Probleme schon im Vorfeld auszuräumen und auch während des Meetings war die ganze Zeit ein Mitarbeiter als technischer Support mit dabei. Bei über 60 Teilnehmern, die nicht nur sehr diskussionsfreudig, sondern auch im Chat noch sehr mitteilsam waren, war ich recht froh, dass er dann auch bei der Moderation etwas geholfen hat, indem er die Wortmeldungen im Auge behielt.

Inhaltlich ging es um die Landwirtschaft im Spannungsfeld und wie sie zukunftsfähig gemacht werden kann. Dabei lag mein Schwerpunkt nicht auf Utopien, sondern

darauf, konkrete Punkte für das Wahlprogramm zur Bundestagswahl herauszuarbeiten. Ein ambitioniertes Vorhaben für ein 40-minütiges Zeitfenster. Aber es gab jetzt im Anschluss bereits mehrere Anfragen von Teilnehmern, das Thema Landwirtschaft in Zukunft gemeinsam weiter zu bearbeiten, was mich sehr freut und hoffen lässt, dass es nicht bei dem kurzen Austausch bleibt.

Es gibt viele berechnete Forderungen von Verbraucher\*innen nach mehr Bio, mehr Tierwohl, mehr Naturschutz, weniger Pestiziden, etc.. Es muss nur klar sein, dass all dies den Ertrag verringert. Wenn uns Corona eines deutlich gezeigt hat, dann wie abhängig wir jetzt schon von Importen und Lieferketten sind. Und wie es uns geht, wenn mal nicht alles immer sofort verfügbar ist. Berichte über Hamsterkäufe haben eines wieder in den Blickpunkt geführt: Die ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln.

Gleichzeitig steckt die Landwirtschaft in einer tiefen Krise. Sie hat viel Vertrauen verloren, die Umwelt leidet unter ihr (und gleichzeitig die Landwirte unter den Umweltschäden) und die Einkommensseite sieht gerade bei unseren kleineren Betrieben im Schwarzwald so düster aus, dass die meisten nur noch im Nebenerwerb quasi als Hobby bewirtschaftet werden können.

In Deutschland ernährt ein Landwirt heute 134 Menschen. Das sind achtmal mehr als 1960. Andererseits kommt ein immer geringerer Teil dessen, was Verbraucher für

Nahrungsmittel bezahlen, bei den Erzeugern an. Insgesamt betrug ihr Anteil an den Verkaufserlösen 2019 nur noch rund 22 Prozent – 1980 lag er noch fast doppelt so hoch.\*



Ich sehe die Landwirtschaft vor allem im Spannungsfeld zwischen den folgenden Einflüssen:

### **Verbraucher\*innen**

Als Verbraucher\*innen wünschen wir uns regionale Lebensmittel in hoher Qualität, die möglichst immer verfügbar sind. Sicher müssen sie sein und es sollte zu jeder Zeit ein reichhaltiges Angebot geben. Dabei sollen sie hohe Standards im Klima-, Natur- und Tierschutz erfüllen. Gleichzeitig erwarten wir von der Landwirtschaft, dass sie in unwirtlicheren Gegenden Landschaftspflege betreibt. Und das alles bitte sauber, geräusch- und vor allem geruchslos. Auf der anderen Seite haben viele Menschen (gerade in den Städten) jeglichen Kontakt zur Landwirtschaft und zu den Primärprodukten verloren. Sie kaufen ihre verarbeiteten und zubereiteten Lebensmittel und

genauso wie der Strom aus der Steckdose kommt, wachsen diese im Supermarkt.

### **Tierschutz**

Tierschutzrelevante Themen, seien es das Kükenschreddern, das Schnäbelkürzen, die Kastenstandhaltung von Sauen, die Ferkelkastration oder die Anbindehaltung bei Kühen, kommen immer nur dann und immer nur kurz in den Fokus der Aufmerksamkeit. Meistens dann, wenn etwas daran geändert wird. Dann ist der Aufschrei in der Regel riesig, die Empörung schlägt Wellen, es ist zu wenig, zu langsam, zu spät. Dabei wird geflissentlich ignoriert, dass die Zustände, die nun geändert werden sollen, schon Jahrzehnte so bestehen. Viel zu lange schon wird versucht mit teils absurden und meistens quälerischen Methoden, Tiere den Haltungsformen anzupassen, oder so massiv auf ein gewünschtes Produkt zu züchten, dass auch darüber Qualen entstehen. Dies muss grundlegend geändert werden, aber dafür ist ein Umdenken erforderlich und keine Einzelmaßnahmen.

### **Klima- und Naturschutz**

Wir alle erinnern uns noch an das Volksbegehren „Pro Biene“, dass im Ansatz das richtige wollte, dabei aber viel zu weit übers Ziel hinausschoss. Gut, dass es gelang, einen Kompromiss zu erreichen. Monokulturen sind zweifellos schädlich. Andererseits ist es für den Klimaschutz auch schädlich, wenn Verbraucher\*innen Produkte außerhalb der Saison oder von der anderen Seite des Erdballs kaufen. Hier

einfach nur auf die Landwirtschaft zu zeigen, ist zu kurz gesprungen. Auch das Verbot von Pestiziden hat immer zwei Seiten. Derzeit gibt es kein erlaubtes Mittel mehr, dass gegen Drahtwürmer bei Kartoffeln eingesetzt werden kann. Die Fraßschäden führen zum Teil zum Verlust der kompletten Ernte. In der heutigen Landwirtschaft geht es häufig nicht darum, mit dem Einsatz von Pestiziden den Ertrag zu optimieren, sondern um alles oder gar nichts. Womit wir wieder beim Thema sichere Lebensmittelversorgung wären. Einfache Lösungen wird es da nicht geben.

### **Einkommen**

Auch ein Landwirt will von seiner Arbeit leben können. Derzeit erzielt er im Schnitt 40 % seines Einkommens über Subventionen. Die gemeinsame Agrarpolitik ist einer der größten Haushaltsposten der EU. Das meiste Geld wird dabei über die sogenannte 1. Säule ausgeschüttet. Dort werden zwar auch z.B. Blühstreifen über die Greening-Maßnahmen unterstützt, der weitaus größte Anteil ist jedoch die Basisprämie, die derzeit 175 Euro je Hektar Land beträgt. Es wird also der Besitz von Grund und Boden subventioniert, ohne dass irgendwelche Bedingungen (außer, dass es landwirtschaftlich genutzt sein muss) damit verbunden sind. In der 2. Säule dagegen werden gezielt Maßnahmen für den Klima- oder Naturschutz, zur Landschaftserhaltung und zur regionalen Entwicklung gefördert. Dieser Teil muss

dringend weiter ausgebaut werden und dafür bei Großgrundbesitzern, die Monokulturen auf riesigen Flächen anbauen, gespart werden.



In Deutschland gibt es mittlerweile eine handvoll großer Supermarktketten, die den Erzeugern die Preise diktieren können. Gerade kleinere Familienbetriebe können da nicht mithalten. Es braucht andere Vermarktungsstrukturen, nicht nur auf dem Land, sondern auch in städtischen Gegenden.

### **Klimawandel**

Heißere und trockenere Sommer haben einen unmittelbaren Einfluss auf die Landwirtschaft und die Lebensmittel-erzeugung. Bewässerung ist nur in manchen Gegenden und bei manchen Kulturen möglich. Selbst die Weidehaltung von Tieren wird immer schwieriger, weil das Gras vertrocknet und nicht genug nachwächst. Die benötigten Flächen werden dadurch immer größer. Außerdem bringt das wärmere Klima neue Schädlinge und Parasiten zu uns. Extremwetterlagen mehren sich, so dass nicht nur mit Ernte-

rückgängen, sondern auch mit Totalausfällen häufiger gerechnet werden muss. Umstellungen auf andere Sorten oder Kulturen dauern ihre Zeit und müssen auch vom Verbraucher akzeptiert werden.

Wo kann die Politik ansetzen? Was wären konkrete Lösungsvorschläge, die auch Eingang in unser Wahlprogramm finden sollten?

Hier wurde zunächst auf Verbraucherseite die Bildung angeführt. Sowohl Ernährung, Zusammensetzung und Zubereitung von Speisen, ein Verständnis für die Produkte und ihre Herstellung, als auch ein Verständnis dafür, welche Konsequenzen das eigene Konsumverhalten hat, lassen sich nur in der Schule vermitteln und sind eventuell für unser aller Zukunft wesentlicher als manches andere auf dem Lehrplan (ich führe hier jetzt mal bewusst keine Beispiele an...).

Dass die 1. Säule der Direktzahlungen dringend zugunsten der 2. Säule umgeschichtet werden muss, fand allgemeinen Konsens.

Generell sollte unsere Landwirtschaft nicht deshalb das Nachsehen haben, dass sie strengere Klima-, Natur- und Tierschutzstandards als andernorts erfüllt. Wir müssen fordern, dass Importe aus Drittländern die gleichen Standards erfüllen müssen.

Das Landschaftspflegegeld sollte ausgebaut werden. So kann in Gegenden, in denen Landwirtschaft nicht auskömmlich

möglich ist, eine Art Gehalt für die Offenhaltung und Pflege von z.B. Hanglagen gezahlt entstehen.

Wir müssen die Betriebe bei der Anpassung an den Klimawandel und Umstellung auf klimaangepasste Kulturen unterstützen.

Ja, wir werden weniger Fleisch und andere tierische Produkte konsumieren müssen, wenn wir es ernst meinen mit dem Kampf gegen den Klimawandel. Deshalb müssen wir auch beim Ausstieg aus der Tierhaltung zugunsten von weniger klimaschädlichen Lebensmitteln helfen. Mehr Gemüse- und Obstanbau führen gleichzeitig auch zu einer besseren Eigenversorgungsquote in unserem Land. Kantinen in staatlichen Gebäuden, Schulen, Unis, etc. sollten hier schon mal mit gutem Beispiel voran gehen und vermehrt vegetarische Gerichte anbieten. Auch eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung von Lebensmitteln könnte ein Mittel sein, um das Konsumverhalten insgesamt in klimafreundlichere Bahnen zu lenken.

*Birte Könnecke*

\*<https://www.landwirtschaft.de/landwirtschaft-verstehen/haetten-sies-gewusst/infografiken/>

## Warum wir den harten Lockdown brauchen

Seit Samstag gelten in Baden-Württemberg nun verschärfte Regeln, unter anderem eine Ausgangssperre ab 20 Uhr. Diese Regeln sind unangenehm und lästig. Aber Sie sind

wichtig. Unerlässlich. Allein am Dienstag starben in Deutschland knapp 600 Menschen am COVID19.

Das sind mehr, als in einen Airbus A380 passen. Diese Menschen sterben allein auf einer Isolierstation. 600 Tote bedeutet aber auch, dass 600 Familien jetzt trauern, weil sie einen geliebten Menschen verloren haben. Und das alles ist lediglich die Bilanz eines einzigen Tages.

Dennoch gibt es immer noch Politiker\*innen, die der Meinung sind, man sollte für die Weihnachtsfeiertage zehn Personen aus unbegrenzt vielen Haushalten gemeinsam feiern lassen. Die aktuelle Regelung im Land lässt genau das zu. Sollte das so kommen, wird es ein katastrophales Weihnachten geben. Übrigens, für das Weihnachtsfest wollte man von Anfang an Lockerungen. Es wurde aber wahrscheinlich nicht einmal daran gedacht, für Menschen jüdischen Glaubens eine Möglichkeit zu schaffen, Chanukka, was dieses Jahr vom 10.-18. Dezember stattfindet, mit der Familie zu feiern.



Auch ist es nicht verständlich, warum es einerseits jetzt zurecht Ausgangsbeschränkungen gibt, die dem Ziel folgen, große Menschenmengen beispielsweise in Innenstädten zu vermeiden, andererseits aber hält es die sogenannte Kultusministerin Eisenmann für richtig, Schulen auf Biegen und Brechen offen zu halten, Schüler\*innen ohne Abstand in Klassenzimmer zu stecken und zu verkünden, dass es ja reiche, alle 20 Minuten die Fenster bei Minusgraden aufzureißen.

Dazu dürfen sich die Schüler\*innen auf dem Hin- und Rückweg in überfüllte Busse, Züge und Stadtbahnen quetschen, in denen man das Virus förmlich an den beschlagenen Scheiben kleben sehen kann.

Was dabei anscheinend vergessen wird: Es gibt auch unter Lehrer\*innen und Schüler\*innen Personen, die zur Risikogruppe gehören und auch gesunden und jungen Menschen ist kein leichter Verlauf garantiert.

Ich hoffe deshalb inständig, dass wir nächste Woche die Schulen schließen und dass es keinerlei Lockerungen über die Weihnachtstage gibt.

Während ich diesen Text schreibe, beraten die Ministerpräsident\*innen mit der Bundeskanzlerin. Es besteht die Möglichkeit, dass wir doch schon nächste Woche bis zum 10. Januar in einen Lockdown gehen. Ich hoffe, die Verantwortlichen können sich zu dieser Entscheidung durchringen. Nicht, weil ich

so gerne im Lockdown bin, sondern weil ich mir wünsche, dass wir so bald wie möglich wieder sicher unsere Verwandten und Freund\*innen treffen können.

*Aaron Rau*

## Sharepics

Hier mal wieder ein paar Bilder zum Teilen von unserer Facebookseite und zu verschiedenen Themen.

Beiträge in die Rentenkasse dürfen nicht für die Spekulation an der Börse genutzt werden. Die Rentenpläne der CDU haben nichts mit einem solidarischen Rentensystem zu tun. Sie könnten auch direkt aus der Feder von Friedrich Merz und Blackrock stammen ...



**Ich, wenn die CDU unsere Rente an der Börse verzocken will.**



[www.spd-breisgau-hochschwarzwald.de](http://www.spd-breisgau-hochschwarzwald.de)



Typischer Corona-Schlingerkurs der Landesregierung ...



Kam dann doch wieder ganz anders, aber das passt dann auch zu dieser Regierung.

## Friedrich Engels und die SPD

Kaum beachtet von der SPD jährte sich seine Geburt am 28. November dieses Jahres zum 200. Mal. In seinem Geburtsort Barmen, heute ein Stadtteil von Wuppertal, steht seit einigen Jahren eine 3,85m hohe Statue, die ihn in Übergröße darstellen soll. Sie wurde gespendet von der Volksrepublik China.

War Friedrich Engels (1820 – 1895) ein Gründer oder Mitbegründer unserer Partei, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands?

### Was hat er mit unserer Partei zu tun?

Um diese Frage zu beantworten, soll ein Blick zurück zu den Anfängen der deutschen Arbeiterbewegung dienen.



*Friedrich Engels: Statue im Wuppertaler Engelsgarten. Im Hintergrund: Das Haus des Fabrikanten Friedrich Engels sen., das heutige Engels-Museum. Bild: Atamari, CC BY-SA 3.0, commons.wikimedia.org*

Das von ihm und seinem Mitstreiter und Freund Karl Marx (1818 - 1883) 1848 veröffentlichte „Manifest der Kommunistischen Partei“ ist das zunächst politisch relevanteste Dokument für die Entstehung einer revolutionären Bewegung in Europa. Eigentlich gab es 1848 noch keine kommunistische Partei im heutigen Sinne. Das Manifest war von Engels und Marx im Auftrag des „Bundes der Kommunisten“ verfasst und in London, dem Sitz des

Bundes, publiziert. Engels und Marx waren Mitglieder dieser Vereinigung, die von deutschen Handwerksgelesen und einigen Intellektuellen im Exil in Paris 1836 als „Bund der Gerechten“ gegründet und in London 1847 in „Bund der Kommunisten“ umbenannt worden war.



Das Manifest formuliert den Klassenkampf als Prinzip und Motor der Geschichte. In der zeitgenössischen historischen Entwicklungsstufe ständen sich die Klasse der Bourgeoisie, d.h. des Besitzbürgertums und der Fabrikanten, und das von ihr geschaffene Proletariat, d.h. die eigentumslosen Lohnarbeiter, gegenüber. Die Bourgeoisie produziere „vor allem ihre eigenen Totengräber“, weil die Gegensätze zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie zu einer Revolution führe. Das Manifest schließt mit dem Kampfauf Ruf „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ Es erlangte zwar keine unmittelbare politische Wirksamkeit, wurde jedoch später zur Grundlage sozialistischer und kommunistischer Parteiprogramme, auch in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg.

Das Manifest wurde vor dem Hintergrund der revolutionären Ereignisse 1848/49 in Westeuropa und in Deutschland verfasst. Engels selbst trat im Juni 1849 in die badisch-pfälzische Revolutionsarmee ein und nahm an den Kämpfen gegen die konterrevolutionären preußischen Truppen im badischen Gernsbach teil. Nach der Niederlage der Revolution flüchtete Engels wie viele revolutionäre Emigranten über die Schweiz nach England, wo er in Manchester in der Firma seines Vaters und dessen Kompagnon Ermen als Manager arbeitete. Denn Engels war Sohn eines reichen Textilfabrikanten mit Werken im Bergischen Land/Wuppertal und England.

Mit seinen finanziellen Mitteln unterstützte er schon ab den 1850er Jahren Karl Marx und ermöglichte so dessen Arbeit an dem ersten Band des „Kapitals“, das 1867 erschien. Nachdem er sich seinen Anteil an dieser Firma 1870 hatte auszahlen lassen, ermöglichte er die wissenschaftliche Arbeit seines Freundes und Mitstreiter mit regelmäßigen Geldüberweisungen. Er stellte nach Marx' Tod (1883) aus dessen Manuskripten zwei weitere Bände zusammen. 1885 veröffentlichte er Band 2 und 1894 folgte Band 3.

Engels Kontakte zu deutschen Arbeitervereinen waren in dieser Zeit gering. Denn er und Marx strebten eine revolutionäre Arbeiterbewegung auf internationaler Ebene an.

Währenddessen waren in Deutschland die Führer der Arbeiterbewegung zur Überzeugung gelangt, „daß nur in der demokratisch-sozialen Republik die Lösung der sozialen Frage möglich“ sei. Dieses Ziel strebte auch Ferdinand Lassalle (1825-1864) mit dem am 23. Mai 1863 in Leipzig gegründeten „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“ (ADAV) an. Unsere Partei betrachtet dieses Datum als ihr Gründungsdatum. Obwohl das Programm des ADAV u.a. das allgemeine Wahlrecht und Produktionsgenossenschaften mittelfristig anstrebte, sah Lassalle eine endgültige Lösung der sozialen Frage erst in der Abschaffung des Grund- und Kapitaleigentums. Diese Forderung deckte sich mit weiten Teilen der revolutionären Ziele von Engels und Marx. Letzterer bezeichnete sogar das Arbeiterprogramm als Plagiat seiner eigenen Vorstellungen. Dennoch brachte ihn seine Idee des genossenschaftlichen Sozialismus auf nationaler Ebene in einen Gegensatz zu der von Karl Marx und Friedrich Engels dominierten Lehre, die revolutionär und internationalistisch ausgerichtet war.

Auch auf die Gründung der zweiten Arbeiterpartei in Deutschland, der „Sozialdemokratischen Deutschen Arbeiterpartei (SDAP)“ 1869 in Eisenach hatte Engels (und auch Marx) über (Dr.) Wilhelm Liebknecht (1826-1900), einen der Gründer der Partei, nur einen indirekten Einfluss. Engels und Liebknecht hatten sich als politische Flüchtlinge 1849 in der Schweiz und ein

Jahr später in London getroffen. Hier beschäftigte sich Liebknecht mit den radikal-revolutionären Ideen von Marx und Engels. Allerdings legte er seine radikaldemokratischen Wurzeln nicht ab. Demokratie ohne Sozialismus war für ihn keine wirkliche Demokratie, und Sozialismus ohne Demokratie kein wirklicher Sozialismus. Beides bedingte sich in seinen Augen gegenseitig. Aufgrund einer Amnestie konnte er 1862 nach Deutschland zurückkehren, wo er zusammen mit August Bebel (1840-1913) und anderen Arbeiterführern sieben Jahre später die SDAP gründete. In ihrem Programm forderte die Partei u.a. die Abschaffung der Klassenherrschaft und die Errichtung des freien Volksstaates. Wie der ADAV forderte die SDAP die „staatliche Förderung des Genossenschaftswesens und Staatskredit für freie Produktivgenossenschaften unter demokratischen Garantien“. Von einer proletarischen Revolution, wie sie in dem Manifest von 1848 von Engels und Marx erwartet und gefordert wurde, ist hier nicht die Rede. Stattdessen werden für Zeitgenossen radikal-politische Ziele genannt, wie das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht. Begriffe wie Sozialismus und Kommunismus waren den Parteimitgliedern, aber auch der Mehrheit der führenden Männer bis zum Ende der 1870er Jahre nur sehr oberflächlich bekannt. Allerdings betrachtete sich die Partei als Zweig der Internationalen Arbeiterassoziation, also der Ersten Internationalen (IAA) von

1864, eine Aussage, die ganz im Sinne von Engels und Marx war.

Als Folge von staatlicher Unterdrückung und Verfolgung von ADAV und SDAP und wegen der ersten großen kapitalistischen Wirtschaftskrise im Deutschen Reich (gegründet 1871) beendeten die Parteiführer der beiden Parteien ihren persönlichen und ideologischen Streit. Auch um die Schlagkraft der deutschen Arbeiterbewegung zu stärken, schlossen sich die beiden Parteien im Mai 1875 auf dem Einigungsparteitag in Gotha zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD) zusammen. Das Programm der neuen Partei trug die Handschrift von Wilhelm Liebknecht, der sich hauptsächlich an den Inhalten der SDAP orientierte und somit wieder von den ideologischen Inhalten seiner Freunde Engels und Marx abwich. In den berühmt berüchtigten Randglossen von Marx zu dem Programm wird dieses deutlich. Diese Kritikpunkte werden auch von Engels in einem Brief an August Bebel im März 1875 ausführlich aufgeführt. Engels wertet das Programm als „saft- und kraftlos“ ab. Hierbei bezieht er sich auf sieben Themenbereiche bzw. Aussagen des Programms. Hier sollen nur vier genannt werden, weil sie für die Zukunft der deutschen Arbeiterbewegung und ihrer politischen Parteien von Bedeutung werden sollten. Zunächst lehnt er demokratische Grundrechte, wie zum Beispiel das allgemeine, gleiche, direkte Wahl- und Stimmrecht oder die direkte Gesetzgebung durch

das Volk ab. Er ist dagegen, weil sie für eine „kleinbürgerliche Demokratie“ stehen, wie sie von den liberalen Parteien und vor allen Dingen von Lassalle bzw. der ADAV gefordert werden. Er vermisst auch den Aspekt des Internationalismus der Arbeiterbewegung. Dies sei sogar ein Rückschritt im Vergleich zum Programm der SDAP von 1869. Engels lehnt auch eine Staatshilfe ab, wie sie Lassalle und auch die SDAP für die Genossenschaften forderten. Interessant ist hier Engels Aussagen: „Tiefer konnte unsere Partei sich nicht demütigen“. Er sieht sich also als Mitglied der Arbeiterpartei. Engels kritisiert auch die Begriffe „freier Staat“. „Man sollte das ganze Gerede vom Staat fallen lassen,.... Denn wie im kommunistischen Manifest festgelegt, werde sich der Staat mit Einführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung von selbst auflösen.“ Weiterhin heißt es bei ihm „so ist es purer Unsinn, vom freien Volksstaat zu sprechen: solange das Proletariat den Staat noch gebraucht, braucht es ihn nicht im Interesse der Freiheit, sondern der Niederhaltung seiner Gegner, und sobald von Freiheit die Rede sein kann, hört der Staat als solcher auf zu bestehen.“ Engels ist fest davon überzeugt, dass die Vereinigung von ADAV und SDAP wieder rückgängig gemacht werde. Die Lassalleaner würden stärker aus der Trennung hervorgehen und die SDAP würde geschwächt. Das Programm bilde einen Wendepunkt, „der uns sehr leicht zwingen könnte, alle und jede Verantwort-

lichkeit mit der Partei, die es anerkennt, abzulehnen“.

Aus seinen Worten spricht Verbitterung, Enttäuschung über die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung und zugleich ein Hass auf den toten Lassalle und auf den ADAV. Waren bzw. sind seine Voraussagen eingetroffen? Welche Bedeutung hat Engels Einschätzung für die heutige SPD?

Blickt man auf die Entwicklung der Arbeiterpartei bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs, so wurde die Einheit bewahrt, es kam zu keiner Trennung. Es fällt allerdings auf, dass in ihrem Namen die Begriffe sozialistisch und Arbeiterpartei verschwanden. So nannte sich die Partei ab 1891 „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“. Wenn es auch bis 1914 zu keiner Spaltung kam, so entwickelte sich ideologisch mit Eduard Bernsteins (1850-1932) Überlegungen zur Revision der radikal-revolutionären Dogmen hin zu einer demokratisch-sozialistischen Reformpartei ab Ende der 1890er Jahre ein verdeckter innerer Riss. Dieser Riss wurde ein großer Spalt über die Einstellung der Partei zum Ersten Weltkrieg: Ein Teil der Partei stellte sich gegen die Kriegskredite und über die Etappen „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“ als Abspaltung von der SPD-Fraktion im Reichstag 1916, die Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) 1917 kam es am 30.12.1918 zur Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD). Nach

dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur setzte sich diese Spaltung fort. Neben SPD gab es seit 1945/46 die KPD/DKP in der Bundesrepublik und die SED in der Deutschen Demokratischen Republik. Nach dem Ende des Kalten Krieges 1990/91 wurde die Spaltung nicht aufgehoben. Seit 2007 gibt es neben der SPD die Partei DIE LINKE. Damit existiert die von Engels erwartete Spaltung der Arbeiterpartei in Deutschland bis zum heutigen Tag.

Der Rückblick auf die Entwicklungsgeschichte der heutigen SPD zeigt meiner Meinung nach, Friedrich Engels ist kein unmittelbarer Gründer unserer Partei. Allerdings hat er mit Karl Marx zu ihrer Geburt beigetragen. In Auseinandersetzung mit ihrer Ideologie haben Männer wie Wilhelm Liebknecht, August Bebel, Eduard Bernstein und viele andere Genossen und auch Genossinnen, wie zum Beispiel Rosa Luxemburg, die Grundsätze und Ziele der Politik unserer Partei mit all ihren Fehlern, Niederlagen, aber auch Siegen und Erfolge bis heute geformt. Er hat es verdient, sich an ihn zu erinnern, denn er ist Teil unserer Geschichte.

*Henry Kesper*

Quellen: Wikipedia und S. Miller und H. Potthoff: Kleine Geschichte der SPD, Bonn 1988



## Debattencamp 2020

„Man kann ja nicht immer nach Basisbeteiligung rufen und sich dann als Basis nicht beteiligen.“ schrieb Birte Könnecke vor zwei Jahren zum ersten Debattencamp damals in Berlin in unseren Mitgliederbrief. Damals waren wir zu sechst aus dem Landkreis und wir alle haben das Debattencamp als sehr bereichernd empfunden.



Debattencamp 2018

Es hat tatsächlich etwas inspirierendes und motivierendes, wenn man mal ein Wochenende oder wenigstens einen ganzen Tag, sich in Themen vergraben kann, neues lernen kann und Menschen kennenlernen darf. Prominente und Normalsterbliche.

Das mit dem Kennenlernen klappt digital nicht, es fehlt auch ein bisschen diese Camp-Atmosphäre, das Inhaltliche funktioniert aber einwandfrei.

Birte und ich waren sozusagen von Couch und Schreibtisch aus unterwegs. Rosita und Patrick haben wir zwischendrin auch mal entdeckt.

Inhaltlich hat es uns in ganz verschiedene Richtungen verschlagen. Meine Themen waren eher bodenständig: Ich war bei der Baupolitik und beim ÖPNV. Nur mein Leib- und Magenthema Digitalisierung war eher groß aufgehängt.



*Ich nerve weiter mit diesem Thema ;-)*

Birte war bei Solidarität und Europa unterwegs und nur ihr eigenes Meet-Up war sozusagen ein eher handfestes Thema.



*Manchmal muss man Prioritäten setzen ...*

Das ist das schöne am Camp. Jede\*r, wie sie oder er gerade will, nix muss, alles kann. Man taucht genau da ein, wo mal will (und kann nebenbei noch was fürs Mittagessen in die Pfanne hauen oder Wäsche falten).

Ich finde das toll, ich finde das wichtig. Ich habe gehört, dass digital mehr dabei waren, als vor zwei Jahren in Berlin. Na klar,

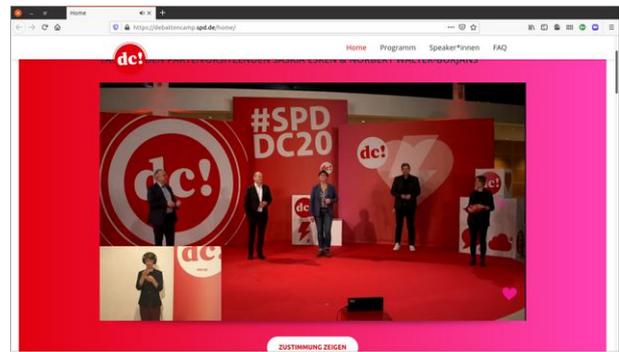
wer will schon in dieses sehr abgelegene Berlin?



### Debattencamp 2020

Spaß beiseite: Solche Veranstaltungen müssen natürlich wieder live und analog stattfinden. Gar keine Frage. Aber gleichzeitig kann das Digitale bleiben. Nicht nur im Sinne einer Live-Übertragung. Warum soll man in einem Workshop nicht über einen Chat von zu Hause aus eine Frage stellen können? Da kann doch jemand sitzen und mitlesen und diese Frage dann in der Diskussion stellvertretend einbringen?

Die SPD hat das gemerkt. Sie hat ein professionelles Debattencamp auf die Beine gestellt. Nicht alles hat geklappt, aber das meiste – ist analog auch nicht anders. Nicht alles hat gefallen, aber Birte und ich waren eigentlich nur beim Pausenmusik-DJ leicht unterschiedlicher Meinung (der war nämlich ganz gut :-)) Das erste, analoge Debattencamp in 2018 war auch schon hervorragend gemacht. Das nächste wird dann ein Meisterwerk, bei dem das Digitale und das Analoge miteinander verschmelzen. Da bin ich mir sicher.



Ich hoffe sehr, dass nun der eine oder die andere ein bisschen bedauert, nicht dabei gewesen zu sein. Nicht weinen, es gibt dazu keinen Grund. Was digital stattfindet, das gibt es fast immer auch als Konserve. Genauso hier, alles auf der Webseite dokumentiert.

Ab zu [debattencamp.spd.de](https://debattencamp.spd.de) und Videos schauen und Zusammenfassungen lesen. Es rentiert sich, du lernst was.

*Oswald Prucker*



Link zur Seite des Debattencamps auf [spd.de](https://spd.de)

## Dieser Haushalt geht nicht in die richtige Richtung

Die Fraktionen des Kreistages haben sich vernünftigerweise darauf geeinigt, die Haushaltsreden zu Protokoll zu geben, um die Kreistagssitzung der Pandemiesituation entsprechend so kurz wie eben nötig zu halten. Unser Fraktionsvorsitzender Martin Löffler geht in seiner Rede mit dem

## Haushaltsplan des Landratsamtes scharf ins Gericht:

Geht dieser Haushalt in die richtige Richtung?

Wir sind der Meinung: Nein!

Sehr geehrte Frau Landrätin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Vertreter der Presse, meine Damen und Herren,

bevor ich unsere kritische Grundhaltung begründen werde, habe ich zu danken. Nicht aus Höflichkeit, sondern weil der Dank wirklich angebracht ist.

Ein Dank gilt Ihnen allen, liebe Kolleginnen und Kollegen, für unser insgesamt sehr freundliches und konstruktives Klima in diesem Gremium und nicht zuletzt Ihnen, Frau Landrätin, für Ihre sehr freundliche und zumeist wertschätzende Sitzungsleitung. Ein großer Dank gilt den vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Landratsamt für die geleistete Arbeit im vergangenen Jahr, die unter Corona Bedingungen nicht einfach war.

Die Landkreisverwaltung hat unserer Meinung nach in der Corona Krise ganz überwiegend gute Arbeit geleistet. Dabei hat sich allerdings auch - einmal mehr - gezeigt, wie falsch und schädlich es ist, dem Datenschutz vor dem Gesundheitsschutz Vorrang einzuräumen. Der Datenschutz wird, oft aus Ängstlichkeit, leider auch in der Landkreisverwaltung zu oft überbetont. Das kann viele Menschenleben kosten.

Die anfänglichen Schwierigkeiten bei der Übermittlung der gemeindeschaffen Zahlen, die jetzt immerhin wöchentlich erfolgt, und auch bei der Übermittlung der Personendaten bei angeordneter Quarantäne, sind zwischenzeitlich behoben.



Ich möchte unsere kritische Haltung zu diesem Haushalt 2021 an drei ganz wesentlichen Punkten festmachen:

Da ist **erstens** zunächst die unterbliebene Haushaltskonsolidierung. Dass diese notwendig ist, ist, denke ich, unstrittig. Wir hatten 2020 die höchste Kreisumlage im ganzen Land Baden-Württemberg, das ist inakzeptabel. Im Nachtragshaushalt wurde die Kreisumlage zwar nachträglich um zwei Punkte gesenkt, das ist aber Einmaleffekten geschuldet und nicht irgendeiner Konsolidierung zu verdanken. Die Konsolidierungsbemühungen des Landkreises bleiben kläglich. Sie lassen sich mit dem berühmten Tiger, der als Bettvorleger gelandet ist, vergleichen. Denn wir haben die Chance verpasst, bei den Freiwilligenleistungen

die wirklich kritischen Punkte wie Förderung der Musikschulen, Zuschüsse für ein Parkhaus, Zuschüsse an Musikverbände und ähnliche entbehrliche Freiwilligkeitsleistungen überhaupt nur ernsthaft zu diskutieren. Unsere Fraktion hat dazu als einzige konkrete Vorschläge gemacht. Was am Ende rauskam, war eine mutlose „Deckelung“ der Freiwilligkeitsleistungen. Von einer Aufgabenkritik völlig zu schweigen. Das reicht nicht!

**Zweitens** sind wir nach wie vor der Meinung, dass die Lasten zwischen Gemeinden und Landkreis nicht gerecht verteilt sind.

Klar ist, dass das Land seinen Haushalt auf Kosten der Landkreise und der Gemeinden gesund erhält. Das findet nun schon seit Jahren statt. Da sitzen wir im selben Boot. Der Blick auf die ordentlichen Erträge zeigt aber, dass die Gemeinden dabei viel stärker rudern müssen. Von positiven Erträgen können die Gemeinden nur träumen, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen. Im Landkreishaushalt sind Jahr für Jahr 10 Mio € positive ordentliche Erträge eingeplant. Das ist ein krasses Missverhältnis!

Der **dritte** und für uns wichtigste große Kritikpunkt an diesem Haushalt ist die Schwerpunktsetzung. Es kann doch nicht sein, dass Museen und eine Biathlonanlage mit sechsstelligen Beträgen gefördert werden und gleichzeitig nicht einmal geringe Beträge in die Hand genommen werden, um denen zu helfen, die wirklich

bedürftig sind. Das immer noch nicht eingeführte Sozialticket, für die Stadt Freiburg seit Jahren eine Selbstverständlichkeit, und die nun gestrichene Förderung für die Kontaktstelle Frau und Beruf sind dafür deutliche Zeichen.

Nicht einmal der relativ geringe fünfstellige Betrag, der benötigt wird, um den ca. 95 Grundschulkindern, die in unzumutbarer Entfernung von der Grundschule entfernt wohnen und deren Eltern im Leistungsbezug nach SGB 2 (Hartz IV) sind, ist in diesem Haushalt enthalten. Vor allem Letzteres erbost uns. Dieser Haushalt geht in die falsche Richtung!

Wir werden ihm nicht zuzustimmen!

Ihnen allen ein gesegnetes Weihnachtsfest im Kreise Ihrer Lieben und gute Gesundheit.

**Martin Löffler**

SPD Fraktion im Kreistag Breisgau-Hochschwarzwald

## Medienecke: Online-Shop? Fake oder nicht?

Vorsicht vor FAKE-Online-Shops!

Verstärkt durch Corona, durch den aktuellen Lockdown und natürlich durch den alljährlichen Weihnachtskonsum, erfreut sich Online-Shopping nicht nur beim Kunden zunehmend an Beliebtheit – auch Betrüger haben hier ihre großartigen Möglichkeiten entdeckt.



Heute daher mal nicht den Blick auf Social Media, sondern in den Online-Handel.

### Was sind FAKE-Shops?

Hierbei handelt es sich um gefälschte Online-Verkaufsplattformen, die professionell aufgemacht mit Produktbildern und Informationen, Allgemeinen Geschäftsbedingungen und einem gefälschten Impressum täuschend echt aussehen. Auch treten diese Betrüger als Unterhändler bzw. Anbieter auf Plattformen, wie eBay usw. auf. Das Problem: Die Betreiber bieten ihre Ware nur gegen Vorkasse an, liefern nach Zahlung der Ware aber kein Produkt oder bieten minderwertige Ware zu einem überhöhten Preis.

### Auf welche Shop-Merkmale sind zu achten?

Als erstes kann man natürlich einfach mal das Netz fragen. „Erfahrungen mit Shop XY“ bei einer beliebigen Suchmaschine eingeben und nahezu immer erhält man dann auch schon bekannte Warnungen, Erfahrungsberichte usw. angezeigt. Verbraucherzentralen geben ebenfalls Auskunft. Aber es gibt auch typische Merkmale direkt auf der

Shop-Seite, die man in Augenschein nehmen kann und sollte:

- Jeder Shop muss über ein Impressum verfügen. Hier müssen mindestens Firmenname, Adresse und zwei (!) direkte und einfache Kontaktmöglichkeiten wie Telefonnummer und Emailadresse verzeichnet sein. Mit ein paar einfachen Klicks im Netz können wir die Angaben überprüfen. Stimmen sie nicht überein oder ist von vornherein gar kein Impressum vorhanden, sollte man gleich die Finger von diesem Shop lassen.
- Wie schaut es mit den AGBs aus? Professionell im Wort und Ausdruck oder eher eine schlechte Übersetzung? Dann Vorsicht – auch das wäre ein Indiz für eine gefälschte Seite.
- Hat der Shop ein Siegel? Super! Dann gleich mal anklicken. Wenn wir direkt zur Institution weitergeleitet werden, von der das Siegel ausgestellt worden sein soll, ist es echt. Werden wir nicht weitergeleitet, ist das Siegel eine Fälschung und die Seite somit auch! Siegel müssen verlinkt sein!
- Als Zahlungsmöglichkeit ist nur Vorkasse angegeben? Oder während des Zahlvorgangs über z.B. PayPal tritt plötzlich eine „Fehlermeldung“ auf und Zahlung ist „plötzlich“ nur als Vorkasse möglich? Nicht gut. In den meisten Fällen verschwindet euer Geld auf Nimmerwiedersehen.

## Fazit:

Preise vergleichen – online und auch im regionalen Handel. Klingt der Preis zu schön, um wahr zu sein, ist er das meistens auch nicht. Natürlich gibt es Schnäppchen – aber bitte IMMER genau den Händler ins Auge nehmen, wenn man keine böse Überraschung erleben möchte.

Das war es für dieses Jahr mit unserer Medienecke. Ich hoffe, meine Beiträge waren für euch verständlich und vor allem auch nützlich. Wenn ihr für kommendes Jahr bestimmte Themen gerne mal besprochen haben möchtet, gezielte Fragen habt oder sonst Anregungen für unsere Medienecke anbringen möchtet, schreibt uns oder meldet euch direkt bei mir. Ich beziehe eure Anliegen gerne mit ein oder bin euch auch gern direkt behilflich. Und bis dahin: „Gut Klick“!

*Tanja Kühnel*

## Termine, Termine

### Digitaler Kreisstammtisch

Wir laden euch ein zum 8. Online-Kreisstammtisch am **21. Dezember ab 19:00 Uhr**.

Nutzt eure Notebook, surft nach <https://us02web.zoom.us/j/88362045387> und befolgt die Anweisungen am Bildschirm. Falls nötig: Die Meeting-ID ist die 883 6204 5387. Mit dem Mobiltelefon geht's auch: Zoom App installieren, aufrufen und mit der Meeting-ID beitreten.

## Birtes Sonntagsplausch



Immer mal Sonntags ab 16 Uhr auf Birtes Facebookseite mit wechselnden Gästen, die wenige Tage vorher angekündigt werden. Bislang ging es um die Imkerei und das geplante Freiburger Geburtshaus.

## IMPRESSUM

Herausgeberin & V.i.S.d.P. ist die Kreisvorsitzende der SPD Breisgau-Hochschwarzwald: Dr. Birte Könnecke, SPD Regionalzentrum, Merzhauser Str. 4 79100 Freiburg.

Redaktion:

O. Prucker, T. Kühnel und B. Könnecke;  
redaktion@spd-breisgau-hochschwarzwald.de

## Frohe Weihnachten

